

Referat Bezirksdelegiertenkonferenz (Bdk) der DKP Südbayern am 16.11.17

Referent: Walter Listl

Dies ist eine - in mehrfacher Hinsicht - außerordentliche Bdk.

Sie wurde zwar form- und fristgerecht eingeladen, aber von einem Bezirksvorstand, den der PV als aufgelöst betrachtet. Ebenso wie die ganze Bezirksorganisation.

Außerordentlich an diese Bdk ist auch, dass der BV bei der ZSK den Antrag gestellt hat, ein Verfahren zur Wahrung unserer statuarischen Rechte einzuleiten und diese ZSK ganze vier Monate braucht, um erst am 2.12. in der Sache zu entscheiden.

Die Meinung der ZSK bezüglich der Rechtmäßigkeit des Auflösungsbeschlusses wollte der PV aber nicht abwarten und bekräftigte trotz vielfacher Proteste zahlreicher Gliederungen der Partei und Einzelpersonen auf der 10. PV-Tagung noch einmal den Auflösungsbeschluss

An den Bestimmungen des Statuts vorbei, wird eine Wahl der Parteitagsdelegierten für den 9.12.2017 geplant.

Ich verweise auf unsere Stellungnahme „Der Parteivorstand biegt sich das Statut zurecht auf www.kommnet.de

Außerordentlich an dieser Bdk ist auch, dass das Schlusswort zu Beginn der Bdk bereits vorliegt.

Das hängt damit zusammen, dass es sich dabei nicht nur um das Schlusswort dieser Bdk handelt, sondern um das Schlusswort im Bezug auf die Parteimitgliedschaft von mir und mehreren G+G.

Und außerordentlich ist auch, dass die G+G des alten BV nicht mehr kandidieren und auch keinen Vorschlag für die Wahl eines neuen BV und seiner Kommissionen machen wird.

Warum führen wir überhaupt noch diese für uns letzte Bdk durch?

1. Weil dieser BV entscheidet, wann er seine Arbeit einstellt nicht der PV
2. Weil wir damit klar machen, dass wir mit Anrufen der ZSK nicht den Auflösungsbeschluss akzeptieren, sondern unsere Arbeit als BV zu Ende bringen
3. Weil sich der BV als im Amt befindlich betrachtet und seine Arbeit so beendet, wie er sie begonnen hat, mit einer Konferenz.

Wir machen damit auch klar:

Nicht der PV hat das letzte Wort zur Arbeit der DKP Sby, sondern der BV und diese Konferenz.

Außerdem hat diese Konferenz die Aufgabe, einen Bericht der BSK zu hören und bei Bedarf zu diskutieren, deren Arbeit mit dem Fall Dagmar Henn und dem Anrufen der ZSK problematischer war, als in früheren Jahren

Notwendig ist auch ein Kassenbericht und ein Bericht der BRK sowie die Entlastung des BV und des Bez.-Kassierers.

Das ist auch deshalb wichtig, weil verschiedentlich Gerüchte über unser Finanzgebaren im Umlauf sind und immer wieder – auch vom Bundeskassier – behauptet wird, es gäbe diesbezüglich offene Fragen.

Dies sind durchaus gewichtige Gründe dafür, form- und fristgerecht mit einer korrekten Tagesordnung, Wahl- und Geschäftsordnung einzuladen, auch wenn wahrscheinlich die Tagesordnung um den ein oder anderen Punkt reduziert werden kann.

Wir haben bewusst z.B. eine Wahlordnung beschlossen um klar zu machen, dass zwar der alte BV nicht mehr kandidiert und keinen Vorschlag für einen neu zu wählenden BV machen wird, wir aber niemanden daran hindern wollen, zu einer Funktion auf Bezirksebene zu kandidieren.

Zu meinem Referat:

Ich verzichte bewusst auf eine allgemeinpolitische Einschätzung der Situation nach den Bundestagswahlen, der bedrohlichen Rechtsentwicklung in Europa, zum Thema Klimawandel oder Flüchtlinge.

Das wurde ausführlich auf kommunisten.de kommentiert und im Referat des KV München von Leo dargelegt.

Nur einen Punkt will ich ansprechen, der mit einer Entwicklung seit der Kreiskonferenz zu tun hat. Im Bereich der Friedenspolitik wurde eine Initiative entwickelt, die für alle friedenspolitisch Aktiven eine große Bedeutung hat.

Der Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“ wendet sich gegen den Plan, den Rüstungshaushalt auf 2% des BIP zu erhöhen .

„Zwei Prozent, - heißt es im Aufruf - das sind mindestens 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen. Bei Schulen, Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Alterssicherung, kommunaler Infrastruktur, ökologischem Umbau und Klimagerechtigkeit – Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde!“

Die Liste der Erstunterzeichner ermöglicht es eine breit angelegte Unterschriftenkampagne zu starten:

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der verdi-Vorsitzende Frank Bsirske, die Theologin Margot Käsmann, die Soziologin Prof. Dr. Frigga Haug, Künstler wie Udo Lindenberg, Wolfgang Niedecken und Konstantin Wecker, Politiker der Linken und Vertreter*innen vieler Organisationen.

Mit diesem Aufruf zu arbeiten wird in der nächsten Zeit eine zentrale Aufgabe sein und zwar für die Kommunist*innen, die künftig in der ml arbeiten, die in der Partei bleiben, in der Friedensbewegung arbeiten oder die zur Linken gehen.

Ich möchte mich aber im Folgenden auf den Charakter der Auseinandersetzung in der DKP und die Begründung für unseren Austritt konzentrieren.

Im „Schlusswort“ haben wir sechs Punkte benannt, durch die für eine Weiterarbeit in der DKP für uns keine Voraussetzungen mehr bestehen.

1. Die Auflösung unserer Bezirksorganisation widerspricht dem Statut und dem Parteiengesetz und ist in der Geschichte der Partei ein einmaliger Vorgang
2. Die Drohung des PV gegen 250 G+G mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss macht eine sachliche Diskussion der Meinungsverschiedenheiten nicht mehr möglich
3. Die Definition der DKP als marxistisch / leninistische Partei widerspricht Programm und Statut der DKP
4. Bei der Entscheidung zur flächendeckenden Kandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen war es der Parteivorstand, der sich nicht an Beschlüsse des Parteitages gehalten hat
5. Die Versuche Stalin wieder in die Bildungsarbeit der Partei einzupflegen widerspricht dem Geist des Parteiprogramms und dem Selbstverständnis der DKP
6. Der Parteitagsbeschluss, die BRD solle aus der EU austreten widerspricht ebenfalls dem Parteiprogramm und ist inhaltlich unsinnig

Diese Kritikpunkte haben wir im „Schlusswort“ ausführlich dargelegt und ich will dem nichts hinzufügen.

Es wird sichtbar, dass der vom 20. Parteitag eingeleitete „Richtungswechsel“ vor allem ein Richtungswechsel weg von Geist und Buchstaben des Parteiprogramms ist.

Ich will das an drei Punkten illustrieren die beispielhaft sind für die vielen Jahre der Auseinandersetzung :

Die Position des Parteivorstands DKP zum Thema Flüchtlinge ist an Peinlichkeit kaum zu überbieten.

Leo hat im Referat des KV auf die problematischen Position bei diesem Thema im Sofortprogramm zu Bundestagswahl hingewiesen.

Im Leitantrag zum 22. Parteitag, der die Aufgaben der Partei beschreiben soll, existiert nicht einmal das Wort Flüchtlinge.

In den 1123 Zeilen des Antrags des PV gibt es keine Zeile zum Thema Flucht und Migration.

Flüchtlinge, schreibt Heribert Prantl in der SZ, sind die Verdammten dieser Erde. Sie werden zwar in der Internationale nach jeder Parteikonferenz besungen, aber im Hauptdokument des Parteitages sind sie dem PV keine Zeile wert.

Dafür schreibt der Chefredakteur der UZ, Lucas Zeise in den M.Bl. 5/16:

„...Es ist unter den Linken vielfach beklagt worden, dass die Immigrationswelle dazu benutzt worden ist, das politische Klima in den Zielländern der Flüchtlinge nach rechts zu lenken....
....Man sollte aber nicht vergessen, dass das Herrschaftssystem der EU sichtbare Risse bekommen hat, dass sich kleine Nationalstaaten in Teilbereichen gegen Deutschland durchgesetzt haben, das ist auch ein Vorteil.
Die Stärkung der Nationalstaaten gibt dem Volk, besser den Völkern mehr Möglichkeiten, seine oder ihre Interessen durchzusetzen.
Man kann es auch so ausdrücken: Die Widersprüchlichkeiten der Interessen in Fragen der Immigration fördert den Verfallsprozess der EU – und das ist gut so...“

Das ist nicht nur völkischer Unsinn es ist auch eine perfide Art der Instrumentalisierung des Flüchtlingseleids nach dem Motto:

Gut dass Orban keine Flüchtlinge ins Land lässt, weil der Streit darüber den Zerfallsprozess der EU beschleunigt.

Niemand im PV hat dieser Position widersprochen

Diese Position ist AfD-kompatibel

In der Bündnis- und Friedensfrage werden immer wieder Positionen veröffentlicht, die einem die Haare zu Berge stehen lassen.

Ich meine nicht nur den ganzseitigen Artikel in der UZ, in dem der Guerillakampf als politische Option für dieses Land propagiert wird.
Siehe UZ 24.2.17 Blach und Rodermund

Ich erinnere an einen unwidersprochenen Artikel im September 2014 auf dem Internetportal des PV, in dem es mit Erinnerung an die Positionen Lenins vor 100 Jahren im Bezug auf heute heißt:
„...nur die Arbeiterklasse wird imstande sein, im Falle eines imperialistischen Weltkriegs – wenn er nicht verhindert werden kann – die Gunst der Stunde zum Sturz des deutschen Imperialismus zu nutzen...“

Man ist fassungslos bei solchen Veröffentlichungen.

Das ist ein Beispiel für Dogmatismus.

Man löst ein Leninzitat vor 100 Jahren aus seinem historischen Kontext und deklariert es zur Strategie für heute.

Leos damaligem Antrag im PV, dieser möge erklären, dass diese Position mit der Politik der DKP unvereinbar ist, wurde nicht zugestimmt.

Uns blieb nur die bange Hoffnung, dass unsere Bündnispartner in der Friedensbewegung, das nie lesen werden.

Diesen Bündnispartnern war im gleichen Jahr eine ganze PV-Tagung gewidmet, in der Patrik Köbele u.a. sagte:

„...Es ist immer zu beachten, dass wir Bündnisse eingehen um etwas zu erreichen und um die Positionen von Bündnispartnern zu verändern, sie auch als Partner für die proletarische Revolution, den sozialistischen Aufbau zu gewinnen...“

Man fragt sich, auf welchem Stern der Referent lebt.

Das ist genau die Position, die in vielen Bündnissen und Bewegungen zu einer Skepsis und Ablehnung gegenüber Parteien führt.

Und das Gegenteil dessen, was wir im Parteiprogramm schreiben:

Ein neuer Sozialismus wird „ein Projekt unterschiedlicher sozialer, politischer und weltanschaulicher Kräfte sein

und

es kommt darauf an, alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialem Projekt zusammenzuführen, sie als Gesamtheit und in ihrer Vielfalt und Autonomie zu vereinen.

„Die DKP geht davon aus, dass der Sozialismus das gemeinsame Werk aller Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft der kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen“

Nimmt man das ernst, ist das Konzept der proletarischen Revolution obsolet und kann die Denkfigur einer Diktatur des Proletariats nicht ernsthaft aufrecht erhalten werden.

Partik Köbele sagte auf der theoretischen Konferenz, wir verwenden den Begriff der Diktatur des Proletariats aus taktischen Gründen nicht.

Wir sagen:

Der Begriff ist nicht nur aus taktischen Gründen zu vermeiden, sondern er ist als historischer Begriff heute strategisch falsch, unbrauchbar und nicht verstehbar.

Das sind nur drei Beispiele dafür, wie in zentralen Politikfeldern zentrale Positionen des Parteiprogramms entsorgt werden sollen.

Um dieser Richtungsänderung seit dem 20. Parteitag entgegenzuwirken und dagegen die Positionen des Parteiprogramms zu reklamieren haben sich G+G mit einem offenen Brief an die Mitglieder der DKP gewandt, der inzwischen von 250 G+G unterschrieben wurde.

Darin heißt es u.a.

Wir verstehen uns als Diskussionsplattform, als Netzwerk um unsere Erfahrungen für die Partei nutzbar zu machen.

Es wird die Besorgnis ausgedrückt, dass die im Parteiprogramm beschlossene Orientierung aufgegeben wird.

Wir wollen, dass die Partei gestärkt und politikfähiger wird.

Mit dem Hinweis auf das Statut wurde der Vorwurf der Fraktionierung zurückgewiesen.

Die Antwort des PV: Androhung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses mit der Mitarbeit im Netzwerk auf dem kommenden Parteitag.

Damit wird klar:

Die Auflösung des Bezirks Südbayern war erst der Anfang einer offensichtlichen Säuberungsaktion, die alle treffen kann, die sich mit dem Kurs des PV nicht abfinden wollen.

Zum Ausdruck kommt hier ein durch die geschichtlichen Erfahrungen überholtes Parteiverständnis, in dem abweichende Meinungen nicht geduldet werden.

Ein solches Parteimodell ist in der kommunistischen Bewegung in der Vergangenheit tatsächlich lange praktiziert worden.

Sein Ursprung geht auf Stalins Zeiten zurück und es hatte bekanntlich schon damals verhängnisvolle Folgen.

Ein Kernstück bei der Auseinandersetzung ist das Argument von der Beschlussverbindlichkeit, die der PV uns gegenüber einfordert.

Verfochten wird dabei eine Beschlussverbindlichkeit, die die bedingungslose Unterordnung aller unter einmal gefasste Beschlüsse und die Beteiligung aller an ihrer Umsetzung verlangt, auch wenn diese Beschlüsse nur von einem Teil der Partei als richtig angesehen werden.

Alle, die vorher anderer Meinung waren, sollen gezwungen werden, ihre bisherige Meinung aufzugeben und das Gegenteil dessen zu tun, was sie selbst für richtig halten.
 Kann man Kommunist*innen, kann man überhaupt Menschen heute noch durch Androhung von Sanktionen dazu zwingen, entgegen ihrer eigenen Überzeugung zu handeln?
 Beschlussverbindlichkeit kann heute nur bedeuten, dass Beschlüsse zwar für die gesamte Partei gültig sind, also in ihrem Namen ausgeführt werden können, dass aber nicht jedes Mitglied oder Parteigliederung gezwungen werden kann, gegen seine eigene Überzeugung dabei mitzuwirken.

Es wird immer deutlicher:
 Unsere Vorstellung von einer kommunistischen Partei hat in dieser DKP keinen Platz mehr.

Die Vorstellung von einer Kultur des Dialogs, des gegenseitigen Zuhörens und Abwägens unterschiedlicher Auffassungen,

die Vorstellung von einer Partei die nicht belehrt, sondern ihr politisches Handeln als Lernprozess versteht

einer Partei, die auf die komplizierten Fragen von heute nicht die einfachen Antworten von gestern oder vorgestern gibt

einer Partei, die versteht, dass in den politischen Bewegungen und deren Kämpfen keine vorab reservierten Plätze für selbsternannte Avantgarden bereitgehalten werden
 und

einer Partei, deren Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht in den verstaubten Kostümen der Vergangenheit daherkommt.

Das ist unsere Vorstellung und der 250 G+G, die den offenen Brief unterzeichnet haben.

Stattdessen erleben wir in dieser Partei ein Klima der Ausgrenzung, der Drohungen und der Administration

und

haben es mit einem Parteivorstand zu tun, mit einem offensichtlich gestörtem Verhältnis zu Programm und Statut.

Was nicht verwundert wenn man weiß, dass der heutige Parteivorsitzende bei der Beschlussfassung des Parteiprogramms 2006 zusammen mit zusammen mit der T&P-Fraktion gegen dieses Parteiprogramm gestimmt hat.

Wie geht es weiter?

Viele von uns sind nicht mehr bereit, in fruchtlosen Auseinandersetzungen die Energie zu verschwenden, die für die notwendige politische Arbeit gebraucht wird.

Viele G+G werden die Partei verlassen, oder haben bereits ihren Austritt erklärt.

Fast alle G+G des BV haben erklärt, dass sie die Partei verlassen werden.

Ihren Austritt haben mit der Unzeichnung des Schlusswortes bisher 33 G+G erklärt.

Von weiteren 10 bis 15 G+G wissen wir, dass sie ihren Austritt individuell erklären oder erklärt haben.

Ich weiß, dieser Schritt fällt niemanden leicht.

Viele sind seit 40,50 Jahren oder noch länger in der Partei, waren in der Illegalität bis 68 in der KPD organisiert, haben dann die SDAJ und die DKP mitgegründet und dafür gesorgt, dass die DKP die sog. Wende 89/90 überlebte Sie sind bis heute in vielen Bündnissen und Bewegungen das Gesicht der DKP.

In all diesen Jahren hatte die DKP eine wichtige Funktion in den Kämpfen um Frieden, Demokratie und Solidarität.

Und die jetzt die Partei verlassen, haben daran ganz wesentlichen Anteil.

Die bisherige Geschichte der DKP wurde von diesen G+G geprägt und diese DKP-Geschichte hat uns geprägt.

Für die Kommunist*innen in Südbayern ist der Austritt so vieler nicht nur ein Bruch in der persönlichen Biografie sondern auch in der Traditionslinie der Partei, die heute zum Selbstzweck zu werden droht, zu einer Sekte, autoritär und dogmatisch.

Wir wollen diesen Weg nicht weiter mitgehen, weil wir keine Chance auf Veränderung erkennen und wir unsere Kraft für unsere weitere Arbeit als parteilose Kommunist*innen brauchen.

Sicher wird es manche G+G geben, die zwar unsere Auffassungen teilen, unseren Schritt aber nicht verstehen, die Partei zu verlassen.

Mit diesen G+G fühlen wir uns eng verbunden, aus dieser Kampfgemeinschaft werden wir nicht austreten.

Viele von uns werden sich in der marxistischen linken organisieren und dort als Gruppe zusammenbleiben , manche werden zur Partei Die Linke gehen und andere, werden in der DKP bleiben, obwohl sie unsere Positionen teilen.

Ich habe für jede dieser individuellen Entscheidungen Verständnis und gehe davon aus, dass wir als Kommunist*innen weiter in Bündnissen und Bewegungen arbeiten werden und in anderen Strukturen weiter zusammenarbeiten.

Mein Fazit – Erich Fried:

Ob er ein guter Marxist ist

Das wird bezweifelt

Aber nötig wären vielleicht

Mehr zweifelhafte Marxisten

Um wieder lebendig zu machen

Den Zweifel an allem

Die Sehnsucht nach der Zukunft

Die Sache der Revolution